

GEORG BETZ

Die "neuen Medien" und die katholische Kirche
Positionen - Hintergründe - Anfragen

Die "neuen Medien" sind in den christlichen Kirchen seit Jahren Gegenstand ganz besonderer Aufmerksamkeit. Ablesbar wird das an den Tagesordnungen vieler Versammlungen von Spitzenrepräsentanten der beiden großen konfessionellen Lager und in einer Fülle von offiziellen Verlautbarungen, mit denen seit Jahren aus dem Raum der Kirchen heraus der Versuch unternommen wird, auf die Diskussion und den Entscheidungsprozeß über das zukünftige Aussehen der medialen Kommunikationslandschaft einzuwirken. Der folgende Beitrag befaßt sich vor allem mit den Positionen der katholischen Kirche in Sachen "neue Medien".¹

1 Mein Beitrag bezieht sich im wesentlichen auf die Verlautbarungen aus dem kirchlichen Raum, die gesammelt sind in: Materialien zur Medienpolitik 4. Die neuen Medien - Informationen, Fragen und Anregungen im Blick auf den Menschen und die Gesellschaft, hg. von der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1982. Die Materialien enthalten neben einem Vorwort des Vorsitzenden der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz:

- Die Neuen Medien - Informationen, Fragen und Anregungen im Blick auf den Menschen und die Gesellschaft. Stellungnahme der Zentralstelle Medien im Auftrag der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, August 1982
- Ausbau des technischen Kommunikationssystems. Erste Stellungnahme zum Abschlußbericht der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KTK) durch den Vorsitzenden der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Moser, 3.2.1976
- Stellungnahmen zu medienpolitischen Fragen. Erklärung der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Juni 1979
- Kirche und Neue Medien. Ein Beitrag von Bischof Dr. Georg Moser (Erstveröffentlichung in "Hirschberg", Jg. 33, Nr. 6, Juni 1980)
- Kabelfernseh-Pilotprojekte - Verantwortung der Kirche. Brief des Vorsitzenden der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Moser, vom 18.7.1977 an den damaligen Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder, Dr. Alfons Goppel, Bayern
- Beteiligung der Kirche am Kabel-Pilotprojekt. Pressebericht der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1981 (13.3.1981)
- Die neuen elektronischen Kommunikationsmedien - eine Herausforderung. Erklärung der Kommission 5 "Publizistik" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 21.1.1982.

Die später folgenden Zitate aus diesen Verlautbarungen sind allesamt dem eingangs genannten Sammelheft entnommen. Darauf beziehen sich auch die Seitenangaben.

1. Eine andere Ausgangssituation

Neu ist nicht, daß sich die katholische Kirche zum Phänomen Massenmedien Gedanken macht und öffentlich zu Wort meldet. Es war seit seinem Aufkommen Gegenstand der kirchlichen Aufmerksamkeit. Offensichtlich in Reaktion auf die Folgen der Erfindung Gutenbergs mit der massenhaften Verbreitung von gedruckten Büchern und Flugschriften hat bereits 1487 Papst Innozenz VIII. die Bulle "Inter multiplices" zwecks Einschärfung der kirchlichen Zensurbestimmungen erlassen.² Und seither hat sich die Spitze der Kirche immer wieder zum Presse- und später zum Rundfunkwesen geäußert.

Allerdings: In ähnlichen historischen Situationen zuvor, in denen sich ein neues Medium ankündigte bzw. auf der Kommunikationsszene zu etablieren begann, hat sich die Kirche in repräsentativer Weise nicht entfernt so engagiert wie in den letzten Jahren. Weder bei der Einführung der periodischen Presse anfangs des 17. Jahrhunderts noch bei der des Hörfunks oder Fernsehens in den 20er bzw. 50er Jahren war ein nennenswertes Interesse der kirchlichen Repräsentanten erkennbar, im Vorfeld des Starts bereits Einfluß auf die Ausgestaltung zu nehmen.³

Daß den Kirchen hierzulande über den Sitz und die Stimme in den Kontrollorganen der Rundfunkanstalten hinaus auch noch regelmäßig eigene Programmecken zur Verfügung stehen, ist hauptsächlich das Verdienst von Einzelkämpfern oder kleinen Aktivistengruppen, die sich in der Weimarer Zeit im Aufbau des damals neuen Mediums Radio engagierten. Hilfe "von oben" erhielten sie zumeist nicht, ebensowenig aus den Reihen der katholischen Verbände. Wenn die Verantwortlichen des deutschen Katholizismus der damals revolutionär neuen Technik mehr als mäßiges Interesse entgegenbrachten, dann war es zumeist von der Furcht gespeist, "die Anderen" könnten sonst allein das Feld besetzen.

Auch nach 1945 brauchte es beim Wiederaufbau des Rundfunkwesens keines besonderen Einsatzes, um sich darin einen relativ guten Platz zu sichern. Er wurde den beiden großen Kirchen schon quasi als Gewohnheitsrecht und dank

² Vgl. O. B. Roegele, Die Katholische Kirche und die "neuen Medien, in: M. Rühl/H.W. Stuber (Hg.), Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung, Festschrift für F. Ronneberger, Düsseldorf 1983, 241.

³ Die Situation von 1959, in der die Bischöfe sich zu dem von Adenauer geplanten kommerziell organisierten Deutschland-Fernsehen äußerten, ist mit der heutigen insofern nicht vergleichbar, als es damals nicht um die grundsätzliche Frage eines Mehrs an Programm ging, sondern lediglich um die geplante rechtlich-organisatorische Form.

des neuen Grundgesetzes⁴ unbestritten zugestanden. Und in ebenso fraglos unbefragter Selbstverständlichkeit wurde ein paar Jahre später bei der Einführung des neuen Mediums Fernsehen verfahren. Ohne nennenswerte Kosten, praktisch geschenkt, erhielten so die Kirchen nicht nur wie alle anderen als gesellschaftlich "relevant" eingestuft "Kräfte" eine programmkontrollierende, sondern auch eine aktive, direkt programmgestaltende Position.

Bei den "neuen Medien", die jetzt vor der Tür stehen, wird es wie die Dinge liegen, - und das erklärt wohl die auffallenden Aktivitäten im kirchlichen Raum mit - kein selbstverständliches Gewohnheitsrecht und keine Programmecken umsonst mehr geben. Und für die bisher eingebrachten kirchlichen Programmteile wird im Gefolge der sich abzeichnenden Vermehrung der Bildschirmunterhaltung und -information wachsender Konkurrenzdruck unausweichlich. Die bisherige Präsenz der Kirche in der Öffentlichkeit dürfte künftig nicht mehr so ungefährdet sein. Andererseits bietet sich der Kirche bei einer Vermehrung der Sende- und Empfangskanäle die Chance, viel öfter ihre Stimme über Radio und Fernsehen ins Zeitgespräch der Gesellschaft einzubringen, als dies bisher möglich war. Es steht also in der jetzigen Situation für die Kirche viel auf dem Spiel.

Dazu kommt ein ganz anderes gesellschaftliches Klima als in früheren Phasen, sich abzeichnende tiefgreifende Veränderungen auf der Medienszene. Es ist heute viel stärker von einer generellen Skepsis gegenüber dem sogenannten technischen Fortschritt, viel stärker vom Gefühl der Bedrohtheit durchsetzt. In den 20er oder 50er Jahren verwiesen allenfalls ein paar Einzelgänger auf die Kehrseiten der Entwicklung. Ansonsten herrschte damals angesichts der neuen "Errungenschaften" mit ihren faszinierenden Möglichkeiten große Euphorie. Solche Klimaumschwünge machen natürlich auch vor den Toren des katholischen Lagers nicht halt.

Im übrigen geht es diesmal auch um ganz andere Dimensionen der Veränderung als in früheren Etappen der Mediengeschichte. Kommunikationstheoretisch mag der Schritt zur periodischen Presse, zum Hörfunk oder Fernsehen von größerer Bedeutung sein. Aber jetzt stehen zum einen immense Investitionssummen auf dem Spiel. Zum anderen stellt die neue Technologie nicht wie früher nur eine, sondern gleichzeitig eine ganze Palette neuer Möglichkeiten zur Verfügung. Auch von daher erwächst aus den diesmal vor der Tür stehenden "neuen Medien" ungemain mehr Diskussionsstoff und Mitreize.

4 Nach dem Verständnis des Grundgesetzes ist die Kirche aus dem Kreis der bloßen Gruppen- und Verbandsinteressen herausgehoben, weil sie - so ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts - ähnlich wie der Staat den Menschen als Ganzes in allen Feldern seiner Betätigung und seines Verhaltens anspricht und Forderungen an ihn stellt.

Und ganz entscheidend: Seit der medienhistorisch letzten vergleichbaren Situation hat die katholische Kirche selbst ihre Haltung zu den Massenmedien einer grundlegenden Revision unterzogen. Zwar hat sie sich in Verfolgung ihrer Interessen immer schon die Segnungen neuer Techniken gern zunutze gemacht.⁵ Wo diese freilich nicht kirchlich getragen und kontrolliert wurden, ist sie jahrhundertlang hauptsächlich auf argwöhnische Distanz und mehr oder minder massive Abwehr gegangen. Die Massenmedien waren in der herrschenden kirchlichen Ansicht lange Zeit entweder hauptsächlich eine Gefahr für Glauben und Sitte oder aber Werkzeug der Verkündigung.

Ein Durchbruch zu einer anderen Doktrin hat sich erst unter Pius XII. angebahnt⁶ und im Gefolge des zweiten Vatikanischen Konzils endgültig vollzogen. Als eigentlicher Friedensvertrag hat diesbezüglich weniger das Konzilsdekret "Inter mirifica" zu gelten. Es ist noch stark in den traditionellen Denkmustern gehalten.⁷ Den Durchbruch markiert vielmehr die vom Konzil als eine Art Ausführungsbestimmung zum Dekret in Auftrag gegebene Pastoralinstruktion "Communio et progressio" vom Mai 1971.⁸

Was im Konzilsdekret "Über die Instrumente der sozialen Kommunikation" angedeutet, im Text selbst aber nicht durchgehalten worden war, hat die Pastoralinstruktion konsequent nachgeholt. Sie hat den Massenmedien die Funktion öffentlicher Foren zugeschrieben, auf denen sich die Mitglieder einer gesellschaftlichen Einheit fordauernd vernehmen, austauschen und verständigen können. Durchgängig hat sie die Medien als technische Ermöglichung des Gesprächs der Gesellschaft und dieses Gespräch als die Grundvoraussetzung zur Integration einer "brüderlichen Gemeinschaft" begriffen.

Damit war nicht nur eine unbefangene, sie sozial aufwertende Tonlage gegenüber den Massenmedien angeschlagen. Sie sind damit auch folgerichtig in das Zielfeld der vom Konzil der Kirche eingeschärften Verpflichtung gerückt, sich an der Gestaltung einer menschlicheren und gerechteren Welt aktiv zu beteiligen, und zwar einmal durch das Angebot zu "aufrichtiger" Dialog und zur Zusammenarbeit mit allen Gruppierungen, die auf eine menschwürdige Zukunft hinarbeiten, und zum anderen durch eigene von

5 Man denke an die Gründung des Osservatore Romano im Jahre 1861 oder von Radio Vaticana 1931.

6 Pius XII. hat eine Lehre von der öffentlichen Meinung entwickelt - zusammengefaßt in seiner Enzyklika "Miranda Prorsus" von 1957 - in der in einer Schärfe wie nie zuvor in der Kirche die Bedeutung der öffentlichen Meinung für das dem Menschen dienende Funktionieren einer Gesellschaft gesehen wird.

7 Siehe dazu etwa: O. B. Roegele, Das Konzilsdekret: Über die Werkzeuge der sozialen Kommunikation, in: Publizistik 1964, 305ff.

8 Der lateinische Text, die offizielle deutsche Übersetzung und ein eingehender Kommentar des Münchener Zeitungswissenschaftlers H. Wagner, der selbst an der Kommissionsarbeit beteiligt war, sind enthalten in: Nachkonziliare Dokumentation. Band 11. Trier 1971.

der Kirche getragene Einrichtungen und Dienstleistungen.⁹

Ganz auf der Linie dieses konziliaren Weltdienstauftrages hat die Pastoralinstruktion "Communio et progressio" der Kirche eine Mitverantwortung für das optimale Funktionieren der sozialen Kommunikation auferlegt. Den Ansprüchen der Instruktion zufolge darf sich diese Mitverantwortung nicht nur in einer Neugestaltung des kirchlichen Informations- und Kommunikationswesens erschöpfen. Sie hat sich danach vielmehr auch in der Mitdiskussion und Mitberatung über alle die Ausgestaltung des Kommunikationssystems betreffenden Belange zu konkretisieren. Maßgabe solchen Engagements sollte dabei sein - und das entspricht wiederum den vom Konzil formulierten Ansprüchen an den Weltdienst der Christen -, vorrangig vom Wohl des Menschen und vom gerechten Ausbau der Gesellschaft auszugehen und sich primär von den Erfordernissen und Eigengesetzlichkeiten der Sache "soziale Kommunikation" leiten zu lassen, nicht primär vom Eigeninteresse der Kirche als verfaßter Glaubensgemeinschaft.

Die aus der Programmatik der Instruktion abgeleiteten Forderungen haben für die katholische Kirche in unserem Land vornehmlich auf der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik in Würzburg zu einer umfassenden Neukonzeptionierung des kirchlichen Engagements in der Medienlandschaft geführt. Ein wesentliches Ergebnis dieser noch nicht voll abgeschlossenen Neuordnung war die Errichtung einer Zentralstelle Medien beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn. Damit war auch personell und organisatorisch die Infrastruktur geschaffen, sich stärker in die medienpolitische Diskussion einzubringen.

Es hat also einen vielschichtigen Hintergrund, wenn die anstehenden gravierenden Veränderungen der Medienlandschaft in der Deutschen Bischofskonferenz und ihrer publizistischen Kommission, im Zentralkomitee der deutschen Katholiken oder im katholischen Verbandlager zum Dauerthema geworden sind. - Wie stellen sich nun die Verantwortlichen zur der neuen Technologie, die sich seit den 60er Jahren angekündigt hat, immer näher vor die Tür gerückt ist und damit in ihrer Verwertbarkeit auch immer deutlichere Umrisse angenommen hat, von anfangs vagen "Televisionen" bis zur jüngst erfolgten Aufnahme des bislang noch räumlich eng begrenzten Betriebs von Kabel- und Satellitenfernsehen?

9 Den Weltdienstauftrag und die vom Konzil an seine Erfüllung gestellten Ansprüche hat die Pastoralinstruktion "Gaudium et spes", besonders in Punkt 3, 42, 76 und 93 entfaltet.

2. Die Grundeinstellung in der Diskussion

Es versteht sich, daß die zunächst schleppende, in den letzten Jahren aber sich bis zur Überstürzung beschleunigende Konkretisierung der Medienzukunft an den Diskussionsbeiträgen aus dem katholischen Lager nicht spurlos vorbeigegangen ist. Sie zeigen Entwicklungen und Akzentverschiebungen. Im Kern freilich ist die offizielle Position zu den "neuen Medien" ziemlich konstant geblieben. Sie läßt sich auf die Kurzformel eines "bedingten Ja" bringen. Dies gilt sowohl für die versuchsweise Realisierung der neuen Möglichkeiten wie für die Beteiligung der Kirche daran.

Ein Auszug aus der Presseerklärung der Deutschen Bischofskonferenz zu ihrem Votum für eine Mitarbeit der Kirche in den von den Ministerpräsidenten der Bundesländer beschlossenen vier Kabelpilotprojekten soll diese Position zunächst etwas veranschaulichen.

"... Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz teilt die Auffassung ihrer Publizistischen Kommission und hat die Teilnahme der Katholischen Kirche an den Kabelpilotprojekten und an vergleichbaren Testversuchen von Telekommunikation beschlossen. Gegen einen solchen Beschluß können sicher kritische Einwände vorgebracht werden: Auch wir waren uns bei der Beschlußfassung bewußt, daß diese technische Entwicklung im Bereich der Telekommunikation Gefahren für den einzelnen und die Gesellschaft mit sich bringen kann. Aber wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß ein behutsames Ausprobieren dieser technischen Neuerungen notwendig ist, um die Gefahren, die eventuell für den einzelnen und unsere Gesellschaft längerfristig sich ergeben, richtig einschätzen zu können und um ihnen dann auch wirkungsvoll begegnen zu können. Natürlich wollen wir auch die positiven Chancen, die sich bei dieser technischen Entwicklung ergeben, pastoral nutzen.

Wir werden also mit aller Nüchternheit prüfen, inwieweit ein kirchliches Engagement bei dieser Entwicklung nützlich und vertretbar ist. Es handelt sich bei dieser Entwicklung vorrangig um die Erschließung des Nahbereiches, des lokalen Kommunikationsbereiches durch Hörfunk und Fernsehen, die das Leben der Pfarreien und Vereine stark beeinflussen wird. Wir sehen insbesondere die Gefahr, daß die noch bestehende personale Kommunikation gefährdet wird. Die Beteiligung an diesen Pilotprojekten soll uns über Chancen und Gefahren Aufschluß geben.

Bei den Pilotprojekten sollen die möglichen Formen der kirchlichen Beteiligung erprobt werden. Die Eigenbeteiligung der gesellschaftlichen Gruppen und auch der Kirche an der Erstellung der Programme liegt im Trend dieser technischen Entwicklung, die sogar eine Beteiligung des einzelnen möglich macht. Wie diese erweiterte Mitbeteiligung organisiert werden kann, darüber sollen bei den Pilotprojekten Erfahrungen gesammelt werden.

Aus diesen Gründen heraus halten wir es auch nicht für opportun, jetzt schon die technische, ökonomische oder medienpolitische Fragen wertenden Positionen einzunehmen, die dann aufgrund der Ergebnisse der Versuche eventuell wieder korrigiert werden müßten.

Wir werden also an den Kabelpilotprojekten teilnehmen, um festzustellen, inwieweit man sich kirchlicherseits auf Dauer engagieren kann, welche Auswirkungen die Entwicklung der Telekommunikation auf den Menschen, die Familie und auf das kirchliche Leben vermutlich haben wird, und vor

allem welche Möglichkeiten und Chancen für das kirchliche Leben sich ergeben.

Nach Vorliegen und Auswerten der jeweiligen Ergebnisse wird die Deutsche Bischofskonferenz ihre endgültige Meinung gegenüber dieser technischen Entwicklung und einer dafür geeignet erscheinenden Organisationsform festlegen. Die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen zur Beteiligung an den Kabelprojekten werden von den zuständigen Diözesen, in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle Medien und in Absprache mit der Publizistischen Kommission durchgeführt."¹⁰

Die katholische Kirche hat sich damit im Grunde genommen der Haltung angeschlossen, die der Bericht der 1974 von der Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems¹¹ angeraten hatte und die schließlich auch die Ministerpräsidenten der Länder mit ihrem Beschluß eingenommen haben, in Ludwigshafen/Mannheim¹², in Dortmund, Berlin und München zeitlich und räumlich begrenzte Testläufe für ein über Kabel transportiertes Mehr an Fernsehprogrammen durchzuführen. Erst auf der Basis der damit gemachten Erfahrungen wollten sie über eine Weiterführung und allmähliche bundesweite Ausweitung befinden.

Vorläufigkeit, die bis zur vollständigen Rückholbarkeit der versuchsweise auf den begrenzten Markt gebrachten neuen Bildschirmangebote geht, ist das wesentliche Merkmal einer solchen Position. Die endgültige Entscheidung, wie es weitergehen wird, ist aufgeschoben, bis Aufschlüsse über die "Folgen", "Auswirkungen" aus den Testläufen vorliegen. Und die werden von einer intensiven wissenschaftlichen Begleitung der Versuche erwartet. Die Forschung spielt deshalb in der Position des "bedingten Ja" eine zentrale Rolle. Daß sie durchgeführt wird, ist zum einen wesentliche Bedingung der Zustimmung überhaupt zur Einrichtung von Testläufen, und zugleich sind ihre Befunde *conditio sine qua non* für die zukünftige Haltung gegenüber den "neuen Medien".

Was in meinen Augen das bedingte Ja aus dem katholischen Lager abhebt von dem anderer, ist einmal der Nachdruck, mit dem es sich an das Wohl des Einzelnen und der Gesellschaft bindet. Ganz auf der Linie der von "Communio et progressio" an das Weltdiensthandeln der Kirche gestellten Ansprüche machen sich die Verantwortlichen in ihren Verlautbarungen immer wieder zum

10 Beteiligung der Kirche am Kabel-Pilotprojekt, 51.

11 Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Hg.), Telekommunikationsbericht, Bonn 1976.

12 Ursprünglich war auch Mannheim in das Südwest-Projekt miteinbezogen. Mit dem medienpolitischen Alleingang der Landesregierung Baden-Württembergs, auf die Beteiligung am Pilotprojekt zu verzichten und stattdessen auf eine behutsame landesweite Einführung zusätzlicher Programme hinzuwirken, schied Mannheim als Projektstandort aus.

Anwalt der psychischen und sozialen Gesichtspunkte, die eine Vermehrung und Vervielfältigung der Bildschirmkommunikation implizieren. Betont versuchen sie, der Einführung der Diskussion auf die wirtschaftlichen, rechtlichen und finanziellen Seiten entgegenzuwirken und die Aufmerksamkeit auf die Frage nach den Folgen für die Entwicklung der Persönlichkeit und die sozialen Beziehungsnetze zu lenken.

Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Moser:

"Bei der Entwicklung und Einführung neuer Kommunikationssysteme müssen nach unserer Auffassung neben technischen und wirtschaftlichen Problemen vorrangig die Fragen berücksichtigt werden, die die Situation des einzelnen und das Zusammenleben der Menschen berühren. Dabei ist es eine offene Frage, ob es im Hinblick auf einen Dienst am Menschen sinnvoll ist, den technischen Fortschritt, der das Kabelfernsehen ermöglicht, zu nutzen. Daß bei den Diskussionen und Planungen zur Breitbandkommunikation in der Bundesrepublik oft am Menschen und seinen gesellschaftlichen Belangen vorbei überlegt wurde, ist leider eine Tatsache... Es dürfen nicht nur organisatorische, wirtschaftliche und technische Fragen diskutiert werden. Wir wollen vor allem erörtert wissen, ob und wie diese technische Entwicklung zum Besten des Menschen gesteuert werden kann. Die unmittelbaren Beziehungen der Menschen untereinander dürfen durch dieses neue Kommunikationssystem nicht gefährdet werden."¹³

Die Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz:

"Die Diskussion um die weitere Entwicklung unseres Medien- bzw. Kommunikationssystems wird vorrangig unter politischen und ökonomischen Gesichtspunkten geführt. Auch Argumente, die sich dem Menschen, der im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht, zuwenden, sind oft nur Scheinargumente, hinter denen sich politische oder ökonomische Interessen verbergen. Im Vorfeld der medienpolitischen Entscheidungen, die in Bund und Ländern anstehen, sind die für den Menschen wichtigen human-relevanten Gesichtspunkte und die gesellschaftspolitischen Entscheidungen nur unzureichend zu Wort gekommen. Die Kirche sieht es daher als ihre pastorale Aufgabe und als einen Dienst an der gesamten Gesellschaft an, zur Klärung der Sachverhalte und zur kritischen Auseinandersetzung beizutragen."¹⁴

Ein zweites: Im Bezug auf die ins Auge gefaßten Testläufe plädieren die offiziellen Verlautbarungen aus dem katholischen Raum stark für eine weitreichende medienpolitische Offenheit, d. h. für Erprobung von Alternativen zur bisherigen Betreiber- und Anbieterregelung, etwa für die Zulassung "privater" Programmierer. Durchgängig halten sie freilich an der Forderung fest, daß es auch in der Kommunikationslandschaft der Zukunft keine Rundfunkinseln geben dürfe, die von der gesellschaftlichen Kontrolle ausgenommen sind und auf denen Einzel- und Gruppeninteressen dominieren dürfen.

Die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz:

"Vor allem muß eine vorschnelle Einordnung dieser neuen Medien in bestehende

13 Kabelfernseh-Pilotprojekte - Verantwortung der Kirche, 47.

14 Die neuen Medien - Informationen, 9.

Strukturen vermieden werden, damit deren Entwicklung nicht unnötig gehemmt und behindert wird und damit ausreichende Erfahrungen über Trägerschaft, Programminhalte, Darbietungsformen und dergleichen gesammelt werden können. Es wäre falsch, die neuen Medien pauschal, noch bevor man ihre Möglichkeiten und Fortentwicklungen auch nur einigermaßen überblicken kann, in die eine oder andere Organisationsform zu zwingen.

Wir betonen und schlagen vor:

- Grundsätzlich soll die Beteiligung und Verantwortung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen in jeglicher Rechtsform der Trägerschaft der neuen Medien gewährleistet sein. Dies kann nur auf dem Wege einer gesetzlichen Regelung erfolgen.¹⁵

Die Zentralstelle Medien:

"In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß gerade die elektronischen Massenmedien in besonderem Maße der gesellschaftlichen Integration verpflichtet sind. Sie haben den Grundsätzen der Informations- und Kommunikationsgerechtigkeit zu dienen. Diese Grundsätze gelten auch für die Programme in einer 'außenpluralistischen Rundfunkstruktur'. Wenn (der Gesetzgeber) 'Rundfunkfreiheit durch externe ('außenpluralistische') Vielfalt herstellen und erhalten will, so darf er auch bei dieser Lösung auf Regelungen nicht verzichten; die Gewährleistung der Freiheit bleibt in seiner Verantwortung' (Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juni 1981, BVerfGE 57, 318 - 324) Einzel- und Gruppeninteressen dürfen also nicht dominieren. Bei der Gewährleistung der Rundfunkfreiheit geht es darum, daß 'ein Gesamtangebot besteht, in dem für die freiheitliche Demokratie konstituive Meinungsvielfalt zur Darstellung gelangt. Es muß der Gefahr begegnet werden, daß auf Verbreitung angelegte Meinungen von der öffentlichen Meinungsbildung ausgeschlossen werden und Meinungsträger, die sich im Besitz von Sendefrequenzen und Finanzmitteln befinden, an der öffentlichen Meinungsbildung vorherrschend mitwirken...'

...Die Kirche ist sich ihrer Mitverantwortung für das Wohl der Gesamtgesellschaft bewußt und hält deshalb die Teilhabe aller gesellschaftlich relevanten Gruppen am öffentlichen Meinungsbildungsprozeß für unabdingbar. Deshalb hat sie sich bisher allen Bestrebungen widersetzt, die auf eine Loslösung etwa des Rundfunks von der gesellschaftlichen Kontrolle abzielen.¹⁶

Ein drittes fällt mir als eine spezifische Konstante in den Stellungnahmen auf: der Nachdruck, den sie auf das Engagement zur erzieherischen Bewältigung des zukünftigen Mehrangebots an Telekommunikation legt. Kaum eine Äußerung eines repräsentativen katholischen Gremiums, in der nicht die Forderung nach einem Ausbau der Medien- bzw. der Kommunikationspädagogik zur Immunisierung gegen die Risiken der Entwicklung und zur Nutzbarmachung ihrer Vorteile erhoben wird.

Die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz:

"Eine Aufgabe der neuen Medien muß sein, die Lücke zwischen Massen- und Individualkommunikation schließen zu helfen. Es ist jedoch durch entsprechende kommunikationspädagogische Maßnahmen darauf hinarbeiten, daß der einzelne diese Medien zur Entfaltung seiner Persönlichkeit nutzt und sich nicht durch sie gängeln oder gar beherrschen läßt. Es muß

15 Stellungnahme zur medienpolitischen Fragen, 35.

16 Die neuen Medien - Informationen, 14f.

alles getan werden, seine individuelle Kommunikationsfähigkeit zu erhalten und zu entwickeln. Den Gefahren einer nur passiven Konsumhaltung gegenüber den Medien muß entgegengearbeitet werden."¹⁷

Die Kommission 5 "Publizistik" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken:

"Die Ausweitung des Rundfunks aufgrund technischer Entwicklung und die damit verbundene Erweiterung des Programmangebotes bedeutet neue Aufgaben für die Medienpädagogik und stellt größere Anforderungen an sie. Gesetz und aktive Mitwirkung bei den neuen elektronischen Kommunikationsmedien können die entstehenden Probleme allein nicht lösen."¹⁸

Die Zentralstelle Medien:

"Die Anstrengungen zur Entwicklung einer kritischen Kommunikationsfähigkeit müssen verstärkt werden. Voraussetzung hierfür ist eine umfassende Kommunikationspädagogik."¹⁹

Und schließlich sticht bei der Sichtung der verschiedenen Verlautbarungen aus dem katholischen Raum besonders ins Auge, daß sie sehr stark um die Vorstellung von "Nahraumkommunikation" kreisen. Bei den bisher verfügbaren Transportwegen für Hörfunk- und Fernsehprogramme war sie nicht möglich. Sie haben nur große Flächen versorgende Programme zugelassen. Die neue Kabeltechnik dagegen bietet die Chance zum Stadt-, Dorf- oder Wohnviertelfunk bzw. -fernsehen. Und die findet offenbar die besondere Aufmerksamkeit in der Führung der katholischen Kirche.

Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Moser:

"Der Ausbau der Breitbandkommunikation könnte eine Lücke zwischen massenmedialer und individueller Kommunikation schließen. Die geistig-soziale Aktivität des einzelnen Bürgers sowie gesellschaftlicher Gruppen auf lokaler Ebene könnte gefördert werden. Der Vorteil des lokalen Rundfunks - um die in diesem Zusammenhang gesellschaftlich wichtigste Kommunikationsform zu nennen - besteht wohl darin, daß die behandelten Themen die Menschen direkt interessieren. Wenn z. B. über das Leben der Pfarrgemeinde, über den örtlichen Kindergarten, über die Schule, über den Nahverkehr im eigenen Stadtteil, über Stadtplanung usw. berichtet wird, dann berührt das den Bürger des jeweiligen Ortes unmittelbar. Die Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit und Beteiligung ist bei lokalen Alltagsproblemen sicher größer als bei Fragen der großen Politik, die von vielen nicht durchschaut werden können und außerhalb der unmittelbaren Einflusssphäre des einzelnen liegen. Darum sollte mit den Kabelpilotprojekten nicht ein 4. Fernseh- und Hörfunkprogramm eingerichtet werden, das zu den bestehenden Programmen ein weiteres liefert, sondern ein wirklich lokales Fernseh- und Hörfunkprogramm, das nach Inhalt und Form der Sendungen in der Lage ist, die Kommunikation der Bürger, der Gruppen und Institutionen des jeweiligen Ortes zu fördern."²⁰

17 Stellungnahme zu medienpolitischen Fragen, 34.

18 Die elektronischen Kommunikationsmedien - eine Herausforderung, 59.

19 Die neuen Medien - Informationen, 22.

20 Kabelfernseh-Pilotprojekte - Verantwortung der Kirche, 49.

Die Zentralstelle Medien:

"'Nahraumkommunikation' ist das Stichwort für diese neue Möglichkeit, die in einigen Pilotprojekten erprobt werden sollte. 'Nahraum' kann in ländlichen Gegenden ein Dorf sein; es kann ein Vorstadtviertel oder der 'Verbund' einiger größerer Wohnblocks sein. Dabei genügt es nicht, eine nur technisch verbundene Netzgemeinschaft herzustellen und diese dann mit mehr oder weniger genormten Programmteilen zu versorgen. Das wäre noch keine Verbesserung der Kommunikation. Die Nahraumkommunikation über ein begrenztes Kabelnetz bietet vielmehr eine neue Chance der medialen Kommunikation. Das auf diesem Wege verbreitete 'Programm', das sicher kein Vollprogramm ist, wird sich wesentlich von den herkömmlichen Angeboten der Massenmedien Fernsehen und Hörfunk unterscheiden.

Befürworter dieses neuen Versuchsfeldes sehen in den neuen Medientechniken die Möglichkeit, mehr Kommunikation auf kleinem Raum anzuregen, dadurch dem Zerfall erst der kleinen, dann der großen Gesellschaft entgegenzuwirken, das Gespräch der Menschen untereinander zu beleben und Impulse zur Humanisierung des Lebens in unserer Gesellschaft zu verstärken.

Diese Möglichkeiten sind so wichtig, daß die Verantwortung für diesen neuen Medienbereich und die konkrete Arbeit darin nicht nur einigen gutwilligen Idealisten überlassen bleiben sollten. Vorerst bedarf es noch sorgfältig vorbereiteter und kritisch aufzuarbeitender Experimente. Aber ein Versuch lohnt sich. Die Nahraumkommunikation kann der Vereinzelung des Menschen, die nicht nur in städtischen Ballungszentren anzutreffen ist, entgegenwirken."²¹

3. Nicht nur verbales Engagement

Die katholische Kirche begnügt sich nicht damit, Forderungen zu erheben oder Anregungen zur Lösung der Probleme zu geben, die mit dem Aufkommen der "neuen Medien" einhergehen. Das "bedingte Ja", das sie zur begrenzten Einführung und Erprobung der neuen Kommunikationstechnologie gegeben hat, schließt zugleich auch die Absicht ein, sich selbst aktiv, mit eigenen Beiträgen, in die Testläufe einzubringen. Wie oben bereits angesprochen, hat sich die Deutsche Bischofskonferenz auf ihrer Frühjahrsvollversammlung 1981 dazu entschlossen, den jeweils territorial zuständigen Bistümern zu empfehlen, sich an den vorgesehenen Kabel-Pilotprojekten zu beteiligen, um ein gemeinsames Vorgehen²² sicherzustellen.

Wie die Dinge liegen, werden alle betroffenen Diözesen der Empfehlung der Bischofskonferenz nachkommen. Die Zentralstelle Medien in Bonn wird sie dabei beraten und den kirchlichen Part in den vier Pilotprojekten koordinieren. In Ludwigshafen hat er seit Anfang des Jahres bereits konkrete Gestalt angenommen. Dort ist die katholische Kirche nicht nur in der Anstaltsversammlung vertreten, dem Aufsichtsorgan des Pilotprojekts. Sie bringt in das dort verbreitete zusätzliche Fernsehangebot auch regelmäßig auf einem festem Sendeplatz eigene Beiträge ein.

²¹ Die neuen Medien - Informationen, 17f.

²² Die rechtliche Zuständigkeit für die Beteiligung liegt bei den Diözesen, auf deren Gebiet die Projekte angesiedelt sind. Sie nehmen die Vertretung der kirchlichen Interessen im Projekt wahr.

Auch in den Feldversuch der Deutschen Bundespost mit Bildschirmtext in Berlin und Düsseldorf ist die katholische Kirche mit eigenen Textbeiträgen eingestiegen. In erster Linie sind es Informationen über ihre pastoralen, sozialen und caritativen Dienste, die sie auf diesem Weg verbreitet. Ob ihres gelungenen bildschirmgemäßen grafischen Aufbaus ist der kirchlichen Bildschirmtext-Mannschaft schon Anerkennung und Auszeichnung zuteil geworden.

Zweck solcher Beteiligung an den Experimenten ist es nicht nur, Erfahrungen zu sammeln bezüglich der Vor- und Nachteile einer eventuellen kirchlichen Nutzung der neuen Verbreitungstechnik. Die katholische Kirche will damit auch den Probe-Charakter der Kabel-Pilotprojekte sicherstellen helfen, und vor allem will sie sich damit ihre Einflußchancen offenhalten. Die Entwicklung mitgestalten wollen - so die Überlegung im kirchlichen Lager - setzt mitmachen voraus. Bloßes Abwarten oder die totale Verweigerung dienen nicht der Weiterentwicklung des Kommunikationssystems im Sinne der Kirche.

Die Zentralstelle Medien:

"Aber es wäre falsch, jetzt zu resignieren und sich damit vorzeitig der im guten Sinne des Wortes - politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu begeben. 'Alles oder nichts' ist eine untaugliche Maxime auch für medienpolitisches Handeln. Verweigerung und radikale Mediengegnerschaft helfen ebensowenig wie blinde und kritiklose Medieneuphorie."²³

Neben der Vertretung der human-relevanten Belange in der öffentlichen Diskussion und neben der aktiven Beteiligung an den Erprobungsläufen engagiert sich die Kirche noch auf einem dritten Gleis in der sich abzeichnenden Entwicklung. Gemäß ihrer vorrangigen Sorge um das Wohl des Menschen sieht sie sich besonders auf dem Feld der Medien- bzw. Kommunikationspädagogik zu eigenen Werken und Diensten verpflichtet.

Die Kommission 5 "Publizistik" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken:

Medienpädagogische Angebote und medienpädagogische Maßnahmen müssen daher in der katholischen Bildungsarbeit, in den Pfarreien und Verbänden gezielt ausgebaut werden. Sie müssen aber auch ihren Platz in den Ausbildungsplänen für Priester, Diakone und hauptamtlich im kirchlichen Dienst stehende Laien haben."²⁴

Die Zentralstelle Medien:

"Besondere Verpflichtungen erkennt die Kirche - neben ihrer erklärten Bereitschaft, bei den Pilotprojekten mitzuwirken - für die Kommunikations-

23 Die neuen Medien - Informationen, 12.

24 Die neuen elektronischen Kommunikationsmedien, 60f.

und Medienpädagogik...Nicht zuletzt die Pfarreien sollten ermuntert werden, mit den Eltern und Erziehern Erfahrungen mit den Medien auszutauschen und die hier aufgezeigte Problematik zu erörtern. Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch den medienkritischen Beiträgen kirchlicher Publikationen zu. Kontinuierliche und vor allem verständliche Informationen über Ausmaß und Folgen der Entwicklung der elektronischen Medien sind eine Voraussetzung dafür, daß die Bürger selbst mitbestimmen können, welche Medienordnung für die Zukunft anzustreben ist."²⁵

Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Moser:

"Die kommunikationspädagogischen Bemühungen werden intensiviert: Referenten werden neu ausgebildet, die Multiplikatoren über neue Medien informiert, der Umgang mit den Medien und ihre Nutzung eingeübt, soweit dies vor Beginn der Erprobungen schon möglich ist."²⁶

Dies ist nicht nur verbales Lippenbekenntnis. In punkto Information und Auseinandersetzung über die Problematik "neue Medien" in der kirchlichen Presse oder in der Erwachsenenbildung in katholischer Trägerschaft, in punkto Schulung für die praktische Handhabung des technischen Instrumentariums oder in punkto Entwicklung von Arbeitsmaterialien für kommunikationspädagogische oder medienkundliche Bildungsarbeit kann das katholische Lager im Vergleich zu den erzieherischen und aufklärerischen Aktivitäten anderer gesellschaftlicher Gruppierungen durchaus mithalten. Das dürfte nicht zuletzt Niederschlag der organisatorischen Struktur sein, die sich die katholische Kirche hierzulande im Gefolge von "Communio et progressio" und der Würzburger Synode mit der Errichtung eines Referates "Kommunikationspädagogik" bei der Zentralstelle Medien und auf Diözesanebene mit Fachstellen für Medienarbeit geschaffen hat.

4. Zum kirchlichen Eigeninteresse

Sicherlich wäre die Position und das Engagement der katholischen Kirche in Sachen "neue Medien" einäugig skizziert, stellte ich sie ganz frei von Eigennutzerwägungen, von der Erwartung eines Vorteils oder der Befürchtung von Nachteilen für die Kirche als verfaßte Glaubensgemeinschaft und eine in unserer pluralen Gesellschaft mit anderen Verbänden und Gruppierungen um Aufmerksamkeit, Akzeptanz und Gefolgschaft konkurrierende Kraft dar. Es scheint in den Verlautbarungen immer wieder durch, daß im bedingten Ja zur Erprobung der neuen Kommunikationsmöglichkeiten auch die Hoffnung mitschwingt, der Kirche selbst könnten aus deren Nutzung auch neue Wirkungschancen zuwachsen. Ein Motiv der aktiven Beteiligung an den Experimenten ist sicherlich das, den Realitätsgehalt solcher Hoffnungen einmal auszuloten.

²⁵ Die neuen Medien - Informationen, 18.

²⁶ Kirche und Neue Medien, 44.

Die Zentralstelle Medien:

"Es wird wohl niemals persönliche Betreuer und Seelsorger in genügender Anzahl geben, um die zunehmende Entfremdung (in Familien, Nachbarschaften, Siedlungsgemeinschaften u. a.) aufzuheben. Die Nahraumkommunikation kann die Technik in den Dienst solcher Bemühungen stellen...Die Nahraumkommunikation kann auch das innerkirchliche Leben und die Gemeinde fördern, zumal kirchliches Leben sich in der Gemeinde, im überschaubaren Raum konkretisiert."²⁷

"Darüber hinaus ist die Kirche verpflichtet, alle Möglichkeiten zu prüfen und sinnvoll zu nutzen, die der Verkündigung dienen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, auch den neuen medialen Möglichkeiten offen und kooperationsbereit zu begegnen...Kirchliches Leben in Gemeinden und Institutionen sollte für jedermann verständlich dargestellt werden. Schließlich sollte es in der gesamten Gesellschaft selbstverständlich sein, daß die Kirche zu Vorgängen des gesellschaftlichen Lebens aus ihrer Sicht Stellung nimmt - so wie sie es akzeptiert, selbst Gegenstand des Gesprächs in der pluralen Gesellschaft zu sein."²⁸

Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz:

"Nicht eine naive Lust am Neuen noch gar die Enttäuschung über die mangelnde Präsenz in den herkömmlichen Medien hat die Kirche veranlaßt, sich den neuen Medien in zwar vorsichtiger, aber nicht feindlicher Distanz zuzuwenden, nicht zuletzt wegen der Kommunikationsdefizite innerhalb unserer Gesellschaft, die sich in zunehmendem Maße auch innerkirchlich bemerkbar zu machen beginnen."²⁹

Die Deutsche Bischofskonferenz:

"Wir werden also an den Kabelpilotprojekten teilnehmen, um festzustellen, inwieweit man sich kirchlicherseits auf Dauer engagieren kann, welche Auswirkungen die Entwicklung der Telekommunikation auf den Menschen, die Familie und auf das kirchliche Leben vermutlich haben wird, und vor allem welche Möglichkeiten und Chancen für das kirchliche Leben sich ergeben werden."³⁰

Vor allem von der Ermöglichung der "Nahraumkommunikation" scheinen sich die Verantwortlichen im katholischen Lager auch für die Kirche einiges zu versprechen. Wie sie sich freilich den katholischen Part im Stadt-, Dorf- oder Wohnviertel-Programm näherhin vorstellen, wird aus den Verlautbarungen nicht ersichtlich. Verbindlichere Überlegungen dazu scheinen, wenn überhaupt, allenfalls in den Schubladen zu liegen.

Insgesamt aber muß man den Verlautbarungen zugutehalten, daß sie den Anspruch des letzten Konzils, die Kirche solle sich in ihrem gesellschaftlichen Handeln nicht vorrangig von Eigeninteressen leiten lassen, ernst nimmt. Überlegungen zur kirchlichen Verzweckung der neuen Kommunikationstechnologie werden eher nur am Rande eingeschoben. Das alte Denkmuster, das den Medien eine positive Funktion hauptsächlich nur im Dienst der kirchlichen

27 Die neuen Medien - Informationen, 18.

28 Ebd. 2. 24.

29 Kirche und Neue Medien, 43.

30 Beteiligung der Kirche am Kabel-Projekt, 52.

Verkündigung zugestand, ist - in die offiziellen Verlautbarungen jedenfalls - kaum mehr eingeflossen.

Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz:

"Es geht bei diesen Versuchen darum, auch den pastoralen Nutzen des kirchlichen Engagements herauszufinden. Jene Kreise in der Kirche, die befürchten, man lasse sich ins Abseits drängen, man werde sich wieder über 'verpaßte Chancen' zu beklagen haben oder, noch schlimmer, die Kirche nehme hier eine 'restriktive Haltung' in der Medienpolitik ein, sollten daran denken, daß es darum geht, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Kirche in der Tat und nicht nur verbal wahrzunehmen. Dies muß auch denen gegenüber betont werden, die meinen, daß man zu voreilig sich an diesen Experimenten beteilige."³¹

5. Anzeichen einer Kursänderung

Wie oben angedeutet, haben sich bei aller Konstanz in der Argumentation der Stellungnahmen und Erklärungen doch gewisse Ton- und Gewichtsverlagerungen mit den Jahren vollzogen. In der Grundtendenz laufen sie auf eine Verstärkung der skeptischen Elemente hinaus. Das von Anfang an bedingte Ja ist mit der Konkretisierung der Umriss des "Neuen" inhaltlich mit größeren Vorbehalten und mehr Zurückhaltung beladen worden.

Bezugspunkt für diese These ist die erste der offiziellen Stellungnahmen aus dem katholischen Lager, die des Vorsitzenden der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz zum Abschlußbericht der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems.³² Sie enthält zwar massive Kritik an der damals getroffenen "antihumanen" Entscheidung für eine neue Telefongebührenordnung für den Ortsbereich und sie äußert auch "ernste Bedenken" gegenüber dem überwiegend von einem ökonomischen und politischen Denken geleiteten Frageansatz der Kommission bei der Ermittlung der Bedürfnisse und des Bedarfs für Telekommunikation. Im Tenor freilich ist die Stellungnahme in einem "optimistisch-zupackenden Ton" gehalten, "der die Annahme rechtfertigen konnte, die katholische Kirche werde alsbald und mit beträchtlichem Kräfteinsatz 'einsteigen'".³³

Dem steht als bislang letzte Verlautbarung von relativ offiziellem Charakter gegenüber, was die beiden baden-württembergischen Diözesen Freiburg und Rottenburg in "Anmerkungen zu den Grundsätzen des Entwurfs für ein Gesetz über die neuen Medien - Landesmediengesetz Baden-Württemberg -"

31 Kirche und Neue Medien, 45.

32 Ausbau des technischen Kommunikationssystems, 28f

33 Roegele (s. Anm. 2), 249.

an "Ansätzen und Leitlinien einer medienpolitischen Position" im Juni 1983 auf den Tisch gelegt haben.³⁴ Zumal der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Dr. Georg Moser, hinter dem Papier steht, kommt dieser bislang umfangreichsten Stellungnahme eine über Baden-Württemberg hinausreichende Bedeutung zu.

Zunächst liest sie sich wie eine bloße Wiederholung der bisher schon in die Neue-Medien-Diskussion kirchlicherseits eingebrachten Gesichtspunkte und Ansprüche. Da wird erneut die Menschen- und Gesellschaftsdienlichkeit der Kommunikation und die Teilhabe aller gesellschaftlich relevanten Gruppen daran als das entscheidende kirchliche Bewertungskriterium für alle Entwicklungen in diesem Bereich herausgestellt. Dort freilich, wo die Bischöfe zum Gesetzesentwurf konkreter Stellung beziehen und die Grundsätze präzisieren, tun sie das so markant, daß man darin eine Korrektur des katholischen Kurses in Sachen "neue Medien" vermuten darf.³⁵

Den hauptsächlichen Anstoß zu der Stellungnahme der beiden Bischöfe dürfte das vom Gesetzesentwurf vorgesehene ordnungspolitische Modell für das zusätzliche Bildschirm- und Radioangebot gegeben haben. Der Entwurf sieht die sogenannte außenplurale Lösung vor. Das bedeutet: Pluralität und Ausgewogenheit sollen durch die Vielfalt des Programmangebotes gewährleistet werden. Kontrollgremien, wie sie das von den etablierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verkörperte binnenplurale Modell kennt, zusammengesetzt aus allen gesellschaftlich relevanten Kräften und Gruppierungen, gibt es in der außenpluralen Organisationsform nicht. Die Vielfalt konkurrierender Angebote kontrolliert sich gleichsam selbst. Lediglich ein vom Landtag gewähltes Gremium überwacht, so die Vorstellung des Gesetzesentwurfs, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Die beiden Bischöfe erteilen diesem Konzept allerdings eine klare Absage.

"Auf der Grundlage der bisher formulierten Prinzipien der gesellschaftlichen Kommunikation und der angestellten Überlegungen sehen die beiden Diözesen des Landes in einer auf dem Grundsatz der Interessenintegration basierenden binnenpluralen Organisationsform entscheidende Vorzüge."³⁶

Die Deutlichkeit, mit der sich die Stellungnahme für die binnenplurale Lösung ausspricht, ist neu im Vergleich zu den bisherigen offiziellen kirchlichen

34 Der Erzbischof von Freiburg Dr. Oskar Saier/Der Bischof von Rottenburg-Stuttgart Dr. Georg Moser, Ansätze und Leitlinien einer medienpolitischen Position. Anmerkung zu den Grundsätzen des Entwurfs für ein Gesetz über die neuen Medien - Landesmediengesetz Baden-Württemberg - vom 27. Juni 1983.

35 Vgl. Herder Korrespondenz 8/1983, 442ff.

36 Der Erzbischof von Freiburg (s. Anm. 34), 20.

Verlautbarungen. Bisher haben sie, wie oben dargelegt³⁷, zwar immer darauf gepocht, daß die für die freiheitliche Demokratie konstitutive Meinungsvielfalt im zukünftigen Gesamtangebot an Hörfunk und Fernsehen zur Darstellung gelangen und eine Regelung geschaffen werden muß, die ausschließt, daß die finanzkräftigsten Programmanbieter eines Tages den Prozeß der Meinungsbildung dominieren und die weniger finanzkräftigen Meinungsträger verdrängen. Aber eine Festlegung auf ein bestimmtes Modell der rechtlichen und ordnungspolitischen Regelung für die "neuen Medien" haben die offiziellen Stellungen aus dem katholischen Lager vermieden. Ja wiederholt haben sie Offenheit und Sympathie für eine Lösung erkennen lassen, die auf Konkurrenzanstalten sonstiger Anbieter zu den etablierten öffentlich-rechtlichen hinausliefen.

Diesbezüglich scheint sich freilich - jedenfalls in den beiden Diözesen - ein einschneidender Sinneswandel vollzogen zu haben. Die Anmerkungen aus Freiburg und Rottenburg votieren nämlich nicht nur für eine binnenplurale Lösung - sie votieren auch - und dies ist die eigentliche Überraschung des Papiers - für die etablierten öffentlich-rechtlichen Anstalten als den alleinigen Trägern der Rundfunkzukunft. Der Gedanke an "neue Mediengesellschaften", von denen in der Erklärung der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz vom Juni 1979 noch die Rede war, ist darin wortlos verabschiedet. Alles zusätzliche Programm - auch die "Nahraumkommunikation" - soll vielmehr unter das im Prinzip bewährte, aber zu reformierende Dach der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eingebracht werden.

"Die bisherigen Anstalten öffentlich-rechtlicher Organisation haben sich nach Auffassung der Diözesen des Landes trotz vieler notwendiger kritischer Einwendungen im Prinzip bewährt. Der Schwerpunkt der Bemühungen müßte jetzt mit Nachdruck auf die Reform, allenfalls eine konsequente Weiterentwicklung der bestehenden Systeme gelegt werden. Dazu hat sich die publizistische Kommission in anderem Zusammenhang geäußert. Auf keinen Fall kann die Meinung Platz greifen, die notwendige Reform der öffentlich-rechtlichen Anstalten werde durch die Schaffung neuer Kommunikationssysteme ersetzt... Die Vorzüge einer binnenpluralen Organisationsform beruhen in erster Linie auf der grundsätzlichen Angemessenheit dieser so geregelten Kommunikation im Hinblick auf die Bildung und Entwicklung der Gesellschaft. Weiterhin können dadurch die für den einzelnen und die Gesellschaft wichtigen Themen und die sachgerechte Art und Weise ihrer Behandlung und Vermittlung eher gewährleistet werden.

Eine solche Aussage bedeutet kein starres Festhalten an herkömmlichen Modellen und vor allem an deren konkreten Erscheinungsformen. Unter Wahrung der dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zugrundeliegenden Leitlinien (u. a. der gesellschaftlichen Integration durch die Repräsentation der Vielfalt gesellschaftlicher Meinungen) eröffnen sich interessante Chancen einer Weiterentwicklung und Fortschreibung.

37 Siehe Anm. 15 und 16.

So ist zum Beispiel in diesem Zusammenhang zu erwägen beziehungsweise anzustreben, die Kommunikationsmöglichkeiten im Nahraum zu erweitern. Dabei müßte der Bewegung zu den Hörern und Zuschauern durch Regionalisierung und Lokalisierung eine zweite entsprechen: die Öffnung der Kommunikationskanäle auf lokaler Ebene für die relevanten Gruppen einer Stadt oder eines Stadtteils zur eigenverantwortlichen Gestaltung von Sendungen, selbstverständlich unter Beachtung der bestehenden Gesetze sowie unter der Letztverantwortung des Intendanten und der Kontrolle der Aufsichtsgremien, die ihrerseits die gesamte Gesellschaft repräsentieren."³⁸

Wenn die Erklärung sich auf Kontinuität zu früheren Stellungnahmen aus dem katholischen Raum beruft, so mag dies für die Grundsatzpassagen gelten. Die Antwort auf die ordnungspolitische Frage kann dies nicht beanspruchen. Und die ist im Gesamtkomplex gewiß keine drittrangige Nebensächlichlichkeit. Sie darf vielmehr als Anzeichen für eine vorsichtigeren und kritischeren Haltung in der Neuen-Medien-Politik der katholischen Kirche gedeutet werden. Die Verantwortlichen setzen mehr auf das Vertraute als auf Experimente mit unvorhersehbarem Ausgang.

6. Hintergründe der Positionsverschiebung

Wer nach Hintergründen für die skizzierte Kurskorrektur sucht, kann manches vermuten, was den zupackenden Anfangsoptimismus im katholischen Lager nach und nach merklich gedämpft haben dürfte. Da wäre beispielsweise an die Kostenschätzungen allein für die Beteiligung an einem Kabelpilotprojekt aber erst recht für ein regelmäßiges, konkurrenzfähiges Kirchenprogramm später zu denken. Anfangs hat man ja wohl in die überschlägigen Rechnungen die Erwartung bzw. Forderung miteinbezogen, wer als "gesellschaftlich relevante" und dazu noch gemeinnützige Kraft die soziale Kommunikation mit eigenen Beiträgen anreichere, bekäme zumindest einen Teil der Kosten irgendwie von irgendwem wieder erstattet. Daraus freilich, das hat sich immer deutlicher abgezeichnet, wird nichts werden. Vielmehr wird gelten: Wer senden will, muß auch zahlen. Und auch nur eine Stunde Programm pro Woche aus eigener Tasche bestreiten zu müssen geht enorm ans Geld. Da stellt sich dann gern die Frage nach Aufwand und Ertrag.

Für Ernüchterung hat vermutlich auch die allmähliche Profilierung der Anwärterchaft auf Programmraum und Transportkapazität gesorgt, als es beim Kabelfernsehen und beim Satellitenfernsehen konkreter wurde. Da waren doch auffallend viele Adressen darunter, die man anfänglich wohl kaum ins Kalkül gezogen haben dürfte in den Vorstellungen von einer Intensivierung der sozialen Kommunikation, weil sie bisher hauptsächlich nach einer Maximierung ihres

³⁸ Der Erzbischof von Freiburg (s. Anm. 34), 20f.

Gewinns aus ihren diversen Geschäften strebten.³⁹ Die Adresse so mancher anderen gesellschaftlichen Gruppe, auf die man kirchlicherseits vermutlich gezählt hatte, fehlte dagegen. Da kann sich dann schon einmal Skepsis nahelegen, ob die Neue-Medien-Zukunft auch wirklich die qualitativen Verbesserungen der Kommunikationsverhältnisse bringen wird, die sich die Führung der katholischen Kirche hierzulande wünscht.

Ansonsten lief wohl noch einiges mehr nicht so ganz nach den Vorstellungen der Verantwortlichen. Da erlangte mit der "Wende" in Bonn eine Medienpolitik die Mehrheit, die nicht nur nicht viel von zeitlich begrenzten, offenen Experimenten und von Rückholbarkeit hält, sondern auch noch die Entwicklung zu einem Mehr an Bildschirmangebot beschleunigt sehen möchte, eine Medienpolitik, die das Maß der Freiheit des Bürgers gern nach der Zahl der Fernsehprogrammalternativen und sonst nicht viel mehr bemißt und die trotz andersklingender verbaler Bekundungen vorrangig von wirtschaftlichen Interessen geleitet ist, eine Medienpolitik, die so rasch wie möglich Tatsachen schaffen will und die kirchlichen Mahnungen und Bedenken, Bedingungen und Vorbehalte ziemlich ignoriert.

Im Übrigen dürften die kirchlichen Vordenker in Sachen "Neue Medien" auch von der raschen Verfügbarkeit des Satellitenfernsehens überrascht worden sein. Sie hatten stark auf das Kabel und die mit ihm möglichen Radio- und TV-Nahraumprogramme gesetzt. Doch je länger desto deutlicher zeigte sich, daß die meisten Interessenten an Transportkapazität für eigene Programmbeiträge eigentlich auf großräumig angelegte Massenprogramme aus waren und sich an den begrenzten Projekten hauptsächlich deshalb beteiligen wollten, um den Fuß in der Tür zu den Kanälen zu haben, die eine die Unkosten amortisierende Reichweite bringen, ein Mehr-Millionen-Publikum.

Vermutlich hat auch die Ankündigung der Bertelsmann-Gruppe, sich am deutschsprachigen Salliten-Fernsehprogramm aus Luxemburg zu beteiligen, mitgeholfen, die Verantwortlichen in der katholischen Kirche hellhörig zu machen. Hat dieser Zug des Medienkonzerns doch schlagartig erkennen lassen, wie bedenkenlos im Mediengeschäft um Platzvorteile gekämpft wird und sozialetische Grundsätze von ökonomischen Interessen erschlagen werden. Das Bemühen um ein sinnvolles nationales Konzept für die Gestaltung der zukünftigen Kommunikationslandschaft war damit unterlaufen, die alte

³⁹ Als einer der gewichtigsten Anbieter tritt in Ludwigshafen zum Beispiel eine "Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenkommunikation/PKS" auf. Dahinter stehen der Deutsche Raiffeisenverband, der Verband der Gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgesellschaften sowie die Handelsketten Rewe und Edeka.

Prognose vom Medienchaos hatte neue Nahrung erhalten. Das stimmt skeptisch.

Überhaupt dürften die vielen Bedenken und Warnungen Eindruck gemacht haben, die immer wieder und unwiderlegt gegen eine unbedachte Öffnung der Programmschleusen ins Feld geführt worden sind. Nicht zuletzt aus der sozialwissenschaftlichen Ecke sind sie haufenweise gekommen. Aber auch im Bereich der organisierten katholischen Laienschaft hat sich der Widerstand gegen einen reinen Medienliberalismus geregt. Und gelegentlich ist die Kirche selbst mit ihrer Haltung in die Schußlinie der Kritik geraten. In den Funkhäusern beispielsweise war man gar nicht erbaut über die Gedankenspiele mit einem eventuellen kirchlichen Engagement in neuen Mediengesellschaften als Konkurrenten zu den etablierten öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Und vor allem darf bei der Suche, was den ziemlich wohlwollenden offiziellen katholischen Kurs irritiert haben könnte, die auf der evangelischen Seite registrierte Haltung nicht übersehen werden. Bis heute hat man sich im evangelischen Bereich bundesweit nicht zu einem Konsens durchgerungen. Die Haltungen der verschiedenen Landeskirchen reichen vom bedingten Ja bis zum zeichenhaften Nein zum eigenen Engagement für ein Mehr an Bildschirmkommunikation.⁴⁰

In den allgemeinen Grundsätzen zur Sache finden sich dabei durchaus Parallelen und Deckungsgleichheit. Auch auf evangelischer Seite ist der Versuch, in die medienpolitische Debatte einzugreifen vorrangig von der Sorge um das Wohl des einzelnen und der Gesamtgesellschaft geprägt und nicht von kirchlichen Eigeninteressen. Und auch die evangelische Seite legt an die anstehenden Weichenstellungen als Beurteilungsmaßstab die Frage an, wieweit sie dem Anspruch der Kommunikationsgerechtigkeit Rechnung tragen bzw. Gefahr laufen, daß auf die Dauer die finanzstarken Gruppierungen die weniger finanzstarken und die Minderheiten vom öffentlichen Forum Rundfunk verdrängen. Und was die Stellung zu den Kabelpilotprojekten anlangt, so ist sie auch im evangelischen Bereich eng an die Durchführung begleitender Wirkungsforschung gebunden.

Für eine breite evangelische Mehrheit aber gilt wohl: Sie hat eher eine skeptische als eine optimistische Grundeinstellung gegenüber der Entwicklung. Die Furcht, möglicherweise Unwiderbringliches aufs Spiel zu setzen, dominiert.

⁴⁰ Eine Orientierung aus allererster Hand über die Lage im evangelischen Bereich vermittelt: H. W. Heßler, Medien als eine gesellschaftliche Aufgabe. Grundsätze, Erfahrungen und Erwartungen aus evangelischer Sicht, in: Media Perspektiven 1/1984, 1ff.

Die Besorgnis, dem einzelnen und der Gesellschaft letztlich mehr Verluste als Zugewinn einzuhandeln, ist in den Diskussionsbeiträgen zumeist pointierter und konkreter ausgesprochen als in den katholischen Verlautbarungen, der Vorrang der personalen Kommunikation vor der medialen nachdrücklicher betont, wiewohl man im evangelischen Bereich sehr wohl auch die Angewiesenheit der Kirche auf den medialen Austausch der Meinungen und Empfindungen sieht.

Entsprechend dieser stärker skeptischen Grundstimmung hat die evangelische Kirche von Anfang an ausgeprägter ihre positiven Erfahrungen mit dem binnenpluralen Modell betont und die Forderung nach Funktionsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nachdrücklicher vertreten.

Konkreten Niederschlag findet diese spürbar weniger freundliche Einschätzung der "neuen Medien" auch im Grad der Entschlossenheit, bei den Pilotprojekten selber experimentierend, mit eigenen Programmbeiträgen, einzusteigen. Er ist unterschiedlich entwickelt. In Ludwigshafen ist die pfälzische Landeskirche zwar mit Sitz und Stimme in der Anstaltsversammlung vertreten, aber sie macht keine eigenen Sendungen und sie hat nicht einmal eine Arbeitsstelle zur Beobachtung und Auswertung des Pilotprojekts nach ihren Gesichtspunkten eingerichtet. In München dagegen beteiligt man sich.

Insgesamt aber zeigen sich im evangelischen Bereich deutlich mehr offene Zurückhaltung und Zögern gegenüber einem eigenen aktiven Part. Vorrang vor seiner Wahrnehmung und seinem Ausbau hat in der offiziellen evangelischen Medienpolitik eindeutig das medienpädagogische und -aufklärerische Engagement. Allerdings geht mittlerweile auch auf evangelischer Seite die Befürchtung um, daß eine, wie in Ludwigshafen praktizierte, vollkommene Abstinenz der verfaßten Kirche andere evangelische bzw. religiöse Gruppierungen und Initiativen, auch aus dem Ausland, auf den Plan rufen und die verfügbaren Programmräume auf eine Weise gefüllt werden könnten, die die evangelische Rundfunkarbeit in der Bundesrepublik problematisch aufzusplittern droht.

7. Einige Anfragen⁴¹

War im offiziellen Kurs der katholischen Kirche in Sachen "neue Medien" etwas viel Naivität mit im Spiel? Hat man sich zu sehr von den neuen

⁴¹ Siehe dazu auch meine ausführliche Kritik an der Stellungnahme der Zentralstelle Medien vom August 1982: G. Betz, Neue Medien - Vernebelte Probleme, in: ComSoc 1983, 130ff.

Möglichkeiten faszinieren lassen und dabei deren risikoreiche Kehrseite nicht gebührend ernstgenommen, ebenso die wahre Interessenlage bei der ganzen Entwicklung? Fragen solcher Art können sich dem nahelegen, der die kirchlichen Verlautbarungen in Bezug setzt zu denen aus anderen Lagern, und erst recht dem, der sie vom heutigen Stand der Dinge aus liest, die ganz anders gekommen sind als in den Chefetagen der kirchlichen Medienpolitik noch vor zwei Jahren erwartet.

Es ist gut denkbar, daß im katholischen Kurs noch die Vergangenheit nachwirkt, in der man sich mit den Massenmedien so schwergetan hat. Wer sie lange mit Argwohn und Mißtrauen betrachtet und sich deswegen auch gelegentlich den Vorwurf der Gestrigkeit zugezogen hat, dann aber zu einem unbefangenen Verhältnis finden soll, dem erscheint dann in Überreaktion gern manches schöner, harmloser und vorteilhafter, als es in Wirklichkeit ist.

Anzufragen bliebe auch, wieweit die Pastoralinstruktion, die bei der Formulierung der katholischen Neuen-Medien-Position erster Pate war, diese Tendenz noch gefördert hat, indem sie mit ihrer Funktionsbestimmung der Medien als unverzichtbare Ermöglichung der so wichtigen sozialen Kommunikation ein Medienbild propagiert, in dem über deren sozialer Bedeutung leicht aus dem Blickfeld gerät, daß jede technische "Ermöglichung" auch negative Seiten hat. Medien sind zwar gewiß Foren des Zeitgesprächs einer Gesellschaft, aber trotzdem gehen von ihnen auch vielfältige Wirkungen aus, viele unbeabsichtigt und gewiß nicht alle sozial wünschenswert. Mit dem traditionellen Argwohn lag die Kirche durchaus nicht so total schief, wie die jüngere Wirkungsforschung zeigt. Daß die Medien der "Gemeinschaft" und dem "Fortschritt" dienen können ist eines, was sie tatsächlich leisten ein ganz anderes. Werden diese notwendigen Unterscheidungen in der Kirche gern verwischt? Grassiert bei den Medienverantwortlichen im katholischen Lager Wunschdenken?

Vermutlich hat auch die Komplexität der Entwicklung, die sich da abzeichnete, den Sachverstand und die Weitsicht der Vordenker katholischer Medienpolitik um einiges überfordert. Einen der Anhaltspunkte für diesen Verdacht gewinne ich aus der die kirchliche Haltung stark bestimmenden Annahme, zeitlich begrenzte Testläufe mit wissenschaftlicher Begleitung brächten Aufschlüsse über die Folgen der "neuen Medien" für die Familie, die Dorfgemeinschaft oder das Pfarrleben. Die katholische Medienpolitik steht mit dieser Annahme nicht allein da. Das ändert freilich nichts daran, daß sie von einer totalen Fehleinschätzung der Leistungskraft der Medienwirkungsforschung zeugt. Schon ein oberflächlicher Blick in ihre Geschichte hätte zeigen können, wie hilflos sie schon vor der Aufgabe steht, Auskunft über die psychosozialen Folgen der

alten Medien zu geben, die nicht gleich wieder von irgendeinem dementiert wird, dem sie nicht paßt. Was will man da in drei oder fünf Jahren Pilotprojekt ernsthaft erwarten?

Noch ein zweites Element der katholischen Position - der Ruf nach mehr Medienpädagogik - erscheint mir mehr als fragwürdig. Er ist so alt wie die Medien selbst. Doch während sich die im bundesdeutschen Alltag allpräsent etabliert haben, krebst das medienpädagogische Engagement an der Grenze zur Unscheinbarkeit dahin. Zwar nimmt sich die Quantität der kirchlichen Aktivitäten im Vergleich durchaus achtbar aus. Aber mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein bedeutet nicht, was in der Schule oder Erwachsenenbildung diesbezüglich läuft. Wer auf mehr Medienpädagogik als breitenwirksamen Schutz gegen die Bedrohungen der "neuen Medien" setzt, verrät ziemliche Ahnungslosigkeit von den Bedingungen des pädagogischen Feldes.

Ein drittes provoziert bei mir Zweifel, ob die Vordenker der kirchlichen Medienpolitik der Herausforderung gewachsen waren, die da von Jahr zu Jahr und zuletzt rapide Umrisse angenommen hat. Zwar haben die Verlautbarungen immer wieder darauf hingewiesen, daß auch "human-relevante" Aspekte habe, was mit der neuen Kommunikationstechnologie auf uns zukomme und auf dem Spiel stehe. Aber in deren Beschreibung bleiben die Aussagen merkwürdig blaß und vage. Fehlt es da vielleicht an Problembewußtsein und Detailwissen in Sachen Medienwirkung, der Grundvoraussetzung, um die human-relevante Dimension und Brisanz der Entwicklung voll und unter die Haut gehend auszuloten?

Oder hat die Festlegung auf das Mitmachen die Stellungnahmen dahingehend eingefärbt, daß sie nicht zu konkret werden durften, um das bedingte Ja nicht mit der eigenen Argumentation zu diskreditieren? Da fallen beim näheren Hinsehen eigentümliche sprachliche Nuancierungen und Disproportionalitäten auf. In der Stellungnahme der Zentralstelle Medien vom August 1982 nimmt die Darstellung der schönen Möglichkeiten viel mehr Raum ein als der Hinweis auf die Gefahren. Und in der Presseerklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum Votum für eine kirchliche Beteiligung an den Kabel-Pilotprojekten ist von "positiven Chancen" die Rede, die "sich bei dieser technischen Entwicklung ergeben", aber von "Gefahren", die sich (nur) "eventuell" ergeben.

Wenn die Verlautbarungen nicht nur fahrlässig, mangels Sachverstand, sondern mit einigem Vorsatz etwas geschönt sein sollten, um die Position des bedingten Ja nach außen hin akzeptabel und in sich schlüssig zu machen, dann stellt sich allerdings die Frage, was die katholische Kirche letztlich zum bedingten Ja veranlaßt hat. War letztlich doch die Furcht, wieder eine Chance zu verpassen, der Motor des kirchlichen Engagements, auch wenn diese Furcht aus den Erklärungen und Stellungnahmen nicht belegbar ist?

Man kann solchem Vorwurf der Farblosigkeit entgegenhalten, daß sich die offiziellen kirchlichen Verlautbarungen als grundsätzliche Beiträge zu einer aktuellen Diskussion in einem noch allgemeinen Stadium verstanden haben und eine pauschale Argumentation für oder gegen "neue Medien" vermeiden wollten, weil ein solches globales Ja oder Nein wenig hilfreich sei.⁴² Doch so gilt es für die Zukunft zu prüfen, ist es ein unbestimmtes Reden, eines das die Gefahren nicht konkret beim Namen nennt und dadurch auch nicht betroffen machen kann von der Brisanz der neuen Möglichkeiten? Betreiben solche lauen Stellungnahmen nicht das Geschäft derer, gegen deren ausschließliche Ausrichtung an wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen man kirchlicherseits ein Gegengewicht setzen möchte? Hinterläßt ein konkretes Wort zur Gefahrenseite nicht mehr Wirkung als die Deklaration allgemeiner Grundsätze und vagster Risikoandeutungen?

Für mich ist die "Neue-Medien-Frage" auch die große Herausforderung an die Kirche, zu überdenken, wie sie ihre gesellschaftliche Präsenz und den vielzitierten Dialog mit der Welt versteht und praktiziert. Riskiert sie es, mutig, prophetisch ihre Stimme zu erheben gegen die erdrückend gewordene Dominanz des ökonomischen Denkens? Kann sie ein wirklich überzeugender und effektiver Anwalt der Familie, der Kinder, der Alten und der Menschen in der Vierten Welt sein und zugleich bemüht, nirgendwo anzuecken, nicht angegriffen zu werden?

Und wenn da - zur innerkirchlichen Legitimierung - mit der Verkündigung argumentiert wird, für die man jede Chance prüfen müsse: Eröffnet der Weg über Hörfunk oder Fernsehen der Sache Jesu wirklich nennenswerte Chancen? Bringt da nicht die Arbeit in kleinen Zellen, die Aufrüstung christlicher Gemeinden mit der Theorie vom "Leben in Fülle" in der gemeinsamen persönlichen Auseinandersetzung viel, viel mehr? Auf der Herbstvollversammlung der deutschen Bischofskonferenz 1979 hat Kardinal Höffner stark für diesen Weg plädiert⁴³, um dem Distanzierungsphänomen zu begegnen. Von einer großen Anstrengung zum Aufbau von regelmäßigen Bibelgesprächskreisen oder ähnlichem ist mir allerdings nichts bekannt. Setzt die Kirche mit der Sympathie für die mediale Kommunikation aufs falsche Pferd, auf ein trojanisches Pferd? Die Neue-Medien-Position der katholischen Kirche kann Fragen über Fragen anstoßen.

42 Vgl. H. Glässgen, Ansätze und Leitlinien einer medienpolitischen Position der katholischen Kirche, in: Media Perspektiven 1/1984, 15

43 Vgl. J. Kardinal Höffner, Pastoral der Kirchenfremden. Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1979 in Fulda, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 70ff.